



Infoblatt Adoptionsrecht



Lexilog-Suchpool



Bahnhofstraße 1 | 52064 Aachen
Telefon 0241 - 413 44 51 - 0
Telefax 0241 - 413 44 51 -20
notare@ersfeld-rudersdorf.de
www.ersfeld-rudersdorf.de

INFOBLATT ZUM ADOPTIONSRECHT

Die nachfolgende Übersicht soll Ihnen einige **Grundinformationen** zur sogenannten Annahme als Kind (Adoption) vermitteln. In Teil A wird die Annahme Minderjähriger, in Teil B die Annahme Volljähriger behandelt. Das Merkblatt kann und soll die Beratung und die Vorbereitung eines notariell zu beurkundenden Antrags auf Ausspruch einer Annahme als Kind („Adoptionsantrag“) nicht ersetzen, aber erleichtern. Besondere Konstellationen wie etwa bei der Annahme ausländischer Staatsbürger in Deutschland oder bei der Annahme ausländischer Kinder in deren Heimatland können dabei leider nicht behandelt werden.

A.

Die Adoption Minderjähriger

Diese Regelform wird im Gesetz ausführlich in §§ 1741 ff. BGB behandelt. Nachstehend sollen kurz die Voraussetzungen (1), der Verfahrensweg (2) und die Wirkungen einer solchen Adoption (3) geschildert werden.

1. Voraussetzungen einer Minderjährigenadoption

Person des Annehmenden

Wer nicht verheiratet ist, kann ein Kind nur allein annehmen. Ein verheiratetes Paar (**eingetragene Lebenspartnerschaften** sind der Ehe insoweit noch **nicht** gleichgestellt!) kann ein Kind nur gemeinsam annehmen, es sei denn, es handelt sich um das Kind des anderen Ehegatten (Stiefkindadoption). Nehmen Ehegatten gemeinsam ein Kind an, muss einer von ihnen das 24., der andere das 20. Lebensjahr vollendet haben; bei Adoption durch einen Beteiligten allein muss dieser mindestens 25 Jahre, im Fall der Annahme des Stiefkindes seines Ehepartners 21 Jahre alt sein. Eigene Kinderlosigkeit, eine bestimmte Mindestehedauer oder ein Mindestaltersunterschied zwischen Annehmenden und Anzunehmendem werden vom Gesetz nicht verlangt. Sie bilden allerdings Kriterien für die Prioritätensetzung bei den staatlichen Adoptionsvermittlungsstellen.

Person des Anzunehmenden

Das **anzunehmende Kind** muss mindestens acht Wochen alt sein, wobei das Gesetz davon ausgeht, dass es zuvor eine angemessene Zeit bei den Adoptiveltern in Pflege gelebt hat („Probezeit“, § 1744 BGB).

Oberster Prüfungsmaßstab beim Ausspruch der Adoption ist das Wohl des Kindes (§ 1741 Abs. 1 BGB). Es muss ferner erwartet werden können, dass zwischen dem Annehmenden und dem Kind ein **Eltern-Kind-Verhältnis** entsteht.

2. Verfahrensweg; Einwilligungen

Der Ausspruch der Annahme als Kind erfolgt durch das **Familiengericht** auf einen notariell zu beurkundenden Antrag hin, der durch die annahmewillige Person(en) nur persönlich (also nicht durch Bevollmächtigte) gestellt werden kann. Der Antrag kann bis zum gerichtlichen Adoptionsausspruch jederzeit persönlich zurückgenommen werden. Die Gebühren für die Vorbereitung und Beurkundung eines solchen Antrags bei der Adoption Minderjähriger werden nicht nach den tatsächlichen Vermögens- und Einkommensverhältnissen der Beteiligten berechnet, sondern nach einem „symbolischen“ Wert in Höhe von 5.000 Euro. Die Notariatskosten belaufen sich im Ergebnis auf etwa 100 bis 200 Euro (je nach der Zahl der noch erforderlichen Einwilligungen). Beim Notar können noch hinzukommen Kosten für die Einholung von Personenstandsurkunden und die Fertigung von beglaubigten Abschriften. **Gerichtskosten werden bei der Adoption Minderjähriger nicht erhoben.**

Das minderjährige Kind selbst muss als **Anzunehmender** in die Adoption **einwilligen**. Ab der Vollendung des 14. Lebensjahres kann es diese Einwilligung nur selbst erteilen, braucht jedoch zusätzlich hierzu die Zustimmung seiner gesetzlichen Vertreter (also der bisherigen Eltern, soweit sie noch die Personensorge hatten, sonst des Vormunds, z. B. auch des Jugendamts als Amtsvormund). Sofern das Kind das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird die Einwilligung unmittelbar durch die gesetzlichen Vertreter (Eltern/Vormund) erteilt. Die Einwilligung des Kindes und gegebenenfalls die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter kann bereits vor Stellung des Adoptionsantrags erteilt werden; sie wird mit Zugang beim Familiengericht wirksam.

Das Kind selbst kann seine Einwilligung, auch wenn sie sich bereits beim Familiengericht befindet, bis zum Adoptionsausspruch notariell beurkundet widerrufen, nicht aber die gesetzlichen Vertreter ihre Einwilligungs- oder Zustimmungserklärung. Wenn ein Vormund oder Pfleger die erforderliche Einwilligungserklärung im Namen des Kindes oder die Zustimmung zur Einwilligungserklärung des Kindes selbst ohne triftigen Grund verweigert, kann sie durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden.

Da durch die Minderjährigenadoption die bisherigen Verwandtschaftsverhältnisse erlöschen, müssen auch die **bisherigen leiblichen Eltern** des Kindes persönlich (Vertretung in Vollmacht ist auch hier nicht möglich) in die Adoption **einwilligen**. Dies gilt unabhängig davon, ob die Eltern noch personensorgeberechtigt waren oder nicht. So muss also beispielsweise auch der Vater eines nichtehelichen Kindes, für das nach dem gesetzlichen Regelfall die Mutter die alleinige Sorge ausübt (sofern sie keine Erklärung über die gemeinsame Sorge gemäß § 1626 a BGB abgegeben hat), der Adoption zustimmen. Die Einwilligung der Eltern kann frühestens erteilt werden, wenn das Kind acht Wochen alt ist, sie kann hierbei auch bereits vor Stellung des Adoptionsantrags erklärt werden, allerdings muss die Person des/der Annehmenden bereits feststehen. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass die leiblichen Eltern den/die Annehmenden kennen (bei der sogenannten „Inkognito-Adoption“ wird dies auch bewusst vermieden; allerdings hat das Kind später stets einen Anspruch auf Information über seine biologische Abstammung).

Die Einwilligung eines Elternteils ist von Gesetzes wegen entbehrlich, wenn der Elternteil zur Abgabe der Erklärung dauernd außerstande ist oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Erteilt ein Elternteil oder erteilen beide Elternteile die Einwilligung nicht, kann sie auf Antrag des Kindes durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Es wird dabei geprüft, ob derjenige Elternteil, der die Einwilligung verweigert, seine Pflichten gegenüber dem Kind anhaltend verletzt hat, durch sein Verhalten zeigte, dass ihm das Kind gleichgültig sei, und ob das Unterbleiben der Adoption dem Kind zu unverhältnismäßigem Nachteil gereichen würde.

Ist der Anzunehmende selbst bereits verheiratet, muss auch dessen **Ehepartner** in die Adoption einwilligen.

Im Rahmen des Adoptionsverfahrens sind regelmäßig die folgenden Unterlagen beizubringen:

- Abstammungsurkunden („Geburtsurkunden“, die Angaben zu den Eltern erhalten) des/der Annehmenden und des Kindes (diese sollten bereits dem Adoptionsantrag beigelegt werden)
- Heiratsurkunde der Annehmenden, gegebenenfalls auch des schon verheirateten Kindes
- Staatsangehörigkeitsnachweis des/der Annehmenden und des Kindes (regelmäßig durch Vorlage des Personalausweises bei der notariellen Beurkundung)
- polizeiliches Führungszeugnis des/der Annehmenden (auf Anforderung des Familiengerichts)
- hausärztliche Zeugnisse des/der Annehmenden und des Kindes (auf Anforderung des Familiengerichts sind ggf. amtsärztliche Zeugnisse vorzulegen).

Zur Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere der Integrität des aufnehmenden Familienverbundes und der Wirkungen auf das Wohl des Kindes, findet häufig ein Besuch durch einen Mitarbeiter des Jugendamtes statt, der eine kurze gutachtliche Stellungnahme für das Gericht fertigt.

3. Wirkungen

Die Adoption wird durch Beschluss des Familiengerichts, in dessen Bezirk der/die Annehmenden wohnen, ausgesprochen. Das Kind erhält die Stellung eines (bei Adoption durch Ehegatten oder Adoption des Kindes des Ehegatten: gemeinsamen) ehelichen Kindes, so dass die Verwandtschaftsverhältnisse des Kindes zu seinen bisherigen Eltern, Geschwistern und sonstigen Verwandten und die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten erlöschen.

Es erlöschen damit auch die bisherigen Erbrechte und Unterhaltsansprüche sowie Unterhaltspflichten. Eine Ausnahme gilt nur für Sozialleistungen (Renten, Waisengeld), die als Ansprüche des Kindes bereits vor der Adoption entstanden sind (§ 1755 Abs. 1 Satz 2 BGB). Besonderheiten gelten, wenn die Annehmenden mit dem Kind im 2. oder 3. Grad verwandt oder verschwägert sind; es erlöschen dann nur die Verwandtschaftsverhältnisse des Kindes zu seinen unmittelbaren Eltern (Folge: Wenn ein Kind durch seinen Onkel und dessen Ehefrau angenommen wird, hat es insgesamt drei Großelternpaare!).

Das Kind erhält als Geburtsnamen den Familiennamen der Annehmenden. Führen diese keinen gemeinsamen Ehenamen, ist der Geburtsname des Kindes durch notariell beglaubigte Erklärung gegenüber dem Familiengericht zu bestimmen. Ab dem fünften Lebensjahr muss sich das Kind dieser Namensänderung anschließen, ab dem 15. Lebensjahr muss das Kind selbst unter Zustimmung des gesetzlichen Vertreters die Erklärung über die Namensänderung abgeben. Die Namensänderung wird im Adoptionsbeschluss ausgesprochen.

Bei einer rechtsfehlerfrei zustande gekommenen Minderjährigenadoption ist eine Aufhebung ausgeschlossen, auch wenn alle Beteiligten hierüber einig sind. Der Schritt zur Adoption sollte daher gut überlegt werden. Auch kann im Anschluss an eine wirksam ausgesprochene Adoption nicht eine neue Minderjährigenadoption desselben Kindes stattfinden. (Mehrfachadoptionen sind allerdings bei Volljährigen möglich).

B.

Die Adoption Volljähriger

Nachstehend sollen kurz die Besonderheiten aufgezeigt werden, die in Abweichung vom Regelfall einer Adoption Minderjähriger (oben I) gelten, wenn eine volljährige Person als Kind angenommen werden soll.

1. Voraussetzungen

Das Gesetz verlangt eine „sittliche Rechtfertigung“ der Volljährigenadoption und prüft insoweit insbesondere, ob zwischen dem Annehmenden und dem Anzunehmenden bereits ein **Eltern-Kind-Verhältnis** entstanden ist. Zusätzlich wird auch die Position der bereits vorhandenen Kinder der Annehmenden (und gegebenenfalls des Anzunehmenden) berücksichtigt; die Annahme darf nicht ausgesprochen werden, wenn deren überwiegende Interessen entgegenstehen (§ 1769 BGB). In den Adoptionsantrag muss also in diesem Fall eine eingehende Schilderung des bisherigen persönlichen Umgangs zwischen den Beteiligten (übereinstimmende Interessen, Hobbys, Weltanschauungen etc.) sowie die Situation des sonstigen familiären Umfelds aufgenommen werden, um dem Vormundschaftsgericht die Prüfung der sittlichen Rechtfertigung zu erleichtern.

2. Verfahren, Zustimmungen

Der auch hier notariell zu beurkundende Antrag muss von dem/den Annehmenden und dem anzunehmenden Volljährigen gemeinsam gestellt werden. Die Notariatsgebühren richten sich in diesem Fall nach dem Reinvermögen des Annehmenden (bei einem Vermögen von 100.000 Euro beträgt die Antragsgebühr ca. 250,-- Euro).

Da der Anzunehmende bereits volljährig ist, ist die Einwilligung oder Zustimmung seiner leiblichen Eltern oder bisherigen gesetzlichen Vertreter (Vormund etc.) nicht mehr erforderlich, diese werden allerdings angehört (Gewährung rechtlichen Gehörs). Sein eigener etwa bereits vorhandener Ehegatte muss allerdings in die Adoption einwilligen.

Hinsichtlich der **Wirkungen** ist zu differenzieren, ob die Beteiligten im notariellen Antrag eine sogenannte „Volljährigenadoption mit starker Wirkung“ gewünscht haben (d. h. mit grundsätzlich gleichen Wirkungen wie bei der Minderjährigenadoption, also insbesondere dem Erlöschen der bisherigen Verwandtschaftsverhältnisse) oder nicht.

Gemäß § 1772 Abs. 1 BGB soll eine solche Volljährigenadoption mit starken Wirkungen (also nach Minderjährigenrecht) nur ausgesprochen werden, wenn:

- zuvor oder gleichzeitig ein minderjähriges Geschwister des nunmehr Anzunehmenden bereits von denselben Personen adoptiert wurde, oder
- der Anzunehmende bereits als Minderjähriger in der Familie der Annehmenden aufgenommen war, oder
- der Annehmende das Kind seines Ehegatten annimmt.

Folgt das Familiengericht diesem Antrag, gelten die Ausführungen oben entsprechend.

In allen übrigen Fällen der Volljährigenadoption bleiben die Verwandtschaftsverhältnisse des Angenommenen zu seinen bisherigen leiblichen Verwandten bestehen. Eine Verwandtschaft wird dann nur zwischen dem Angenommenen und dessen Abkömmlingen einerseits, und dem/den Annehmenden andererseits begründet, nicht jedoch zu den sonstigen Verwandten des Annehmenden. Dies hat natürlich Auswirkungen auf das Erb- und Unterhaltsrecht, da sich insoweit die bisherigen Rechte und Pflichten nicht verändern und nur im Verhältnis zu dem/den Annehmenden neue Unterhaltsrechte und -pflichten oder Erbberechtigungen ausgelöst werden. Hinsichtlich der erbschafts- und schenkungssteuerlichen Freibeträge im Verhältnis zu den Personen, zu denen neue Verwandtschaftsverhältnisse auch bei der schwachen Volljährigenadoption hergestellt werden, ergeben sich allerdings keine nachteiligen Abweichungen.

Eine Volljährigenadoption mit schwacher Wirkung kann erleichtert aufgehoben werden, wenn alle Beteiligten einen diesbezüglichen Antrag stellen und ein wichtiger Grund die Aufhebung der Adoption vorliegt. Auch sind bei Volljährigen zeitlich nacheinander gestaffelte Mehrfachadoptionen nicht ausgeschlossen.

Für ergänzende Rückfragen stehen unsere Mitarbeiter und wir Ihnen gerne – auch telefonisch – zur Verfügung.

Ihre Notare

Ralf Ersfeld & Martin Rudersdorf